HEIMATFERNE / Landesregierung

Mehr Geld für Wahl-Fahrt

Rückerstattung für Heimatferne wird verdoppelt

Bozen (ler) – Mehr Geld für die Auto- oder Bahnfahrt zur Wahl in Südtirol will das Land seinen Heimatfernen geben. Die Beträge sollen noch vor dem Landtag-Urnengang im Oktober verdoppelt werden.

77 Euro zahlt das Land in die Reisekassa ein, wenn ein Südtiroler Heimatferner etwa aus Nordtirol, Vorarlberg oder Liechtenstein zu einer politischen Wahl in seine Herkunftsgemeinde fährt; für die Heimfahrt aus einem anderen österreichischen Bundesland oder Bayern schießt das Land 103 Euro zu, für die An- und Rückreise aus europäischen Staaten gibt es 154 Euro. „Wir haben aber festgestellt, dass die Provinz Trient den doppelten Betrag auszahlt", sagte Landeshauptmann Luis Durnwalder gestern auf der Medienkonferenz nach der Sitzung der Landesregierung. Da will Südtirol nicht knausrig sein, und die Landesregierung sprach sich daher dafür aus, dass die Rückerstattung auf Trentiner Niveau angehoben werden soll – und zwar möglichst noch vor der Landtagswahl im Oktober. Die zuständigen Ämter sind beauftragt, die Anpassung in die Wege zu leiten. Heimatferne der Nachbarprovinz erhalten für die Heimfahrt aus Nordtirol oder Vorarlberg derzeit 154 Euro, aus anderen EU-Staaten immerhin 309 Euro.

Frische Euros in die Brenner-Röhre

Bozen (ler) – Einen bescheidenen Scheck für das Projekt Brennerbasistunnel stellte die Landesregierung auf ihrer gestrigen Sitzung aus. Diesmal werden 18.000 Euro an die Brennerbasistunnel-Gesellschaft TFB überwiesen. Der Betrag ist eine Nachzahlung zu einer Kapitalerhöhung, die vor kurzem vorgenommen wurde und bei der das Land bereits 365.000 Euro einzahlte. Weil die Provinz Verona dabei aber nicht mitzog, müssen die Eisenbahngesellschaft RFI und die Provinz Trient noch nachlegen. Das Land wird damit seinen Anteil von sechs Prozent an der TFB behalten; über diese Finanzierungsgesellschaft sind die Provinzen Bozen und Trient an der 2004 gegründeten europäischen Gesellschaft BBT SE beteiligt. Bis zum kommenden Jahr wird Südtirol 4,2 Millionen Euro in das Jahrhundertprojekt BBT einbringen.

Neue Nebenwirkung der Beipackzettel

Bozen (ler) – Für die zweisprachigen Beipackzettel von Medikamenten muss nicht die Apotheke oder der Großhändler sorgen, sondern die Herstellerfirma selbst. Diesen Standpunkt will das Land mit einem Rekurs vor dem Oberlandesgericht durchsetzen. Dies beschloss gestern die Landesregierung. In den vergangenen Monaten hatte das Land mehreren Medikamentenherstellern eine Strafe ausgestellt, weil sie in Südtirol nicht die vorgeschriebenen deutschsprachigen Informationsblätter über Anwendung, Risiken und Nebenwirkungen ihrer Tabletten, Salben und Tropfen beigelegt hatten. Das Bozner Landesgericht gab den Pharmafirmen recht: Nach seinem Urteil müssten Verteiler und Apotheken die Übersetzung bereitstellen. „Wir sind aber der Meinung, dass der Hersteller dafür sorgen muss", sagte gestern Landeshauptmann Luis Durnwalder. Foto: „D"/eg

Mit Amtshilfe gegen den Amtsschimmel

Bozen (ler) – Den „Bürokratie-Test" muss bald jedes Landesgesetz bestehen, und zwar bevor es in Kraft tritt. Eine unabhängige Kontrollstelle soll den Gesetzentwurf unter die Lupe nehmen und ausrechnen, wie viel die Umsetzung die öffentliche Hand und den Bürger kostet. Ist der Amtsschimmel zu gefräßig, werden Vorschläge gemacht, wo gespart werden kann. Mit diesem Projekt zum Bürokratieabbau hat das Land die Eurac und das Institut Roambcel Management beauftragt. „Die Richtlinien sind fertig, gemeinsam mit der Landesverwaltung soll das Projekt jetzt umgesetzt werden", berichtete Landeshauptmann Luis Durnwalder gestern nach der Sitzung der Landesregierung. Bei dieser Umsetzung hilft eine Arbeitsgruppe, die von den Ressortdirektoren Ulrich Stofner und Albert Wurzer, den Abteilungsdirektoren Alfred Aberer, Renate von Guggenberg, Eros Magnago und Engelbert Schaller sowie Amtsdirektorin Patrizia Nogler und Koordinator Albert Plitzner gebildet wird.

Naturwissenschaft Schwerpunkt für PI

Bozen (LPA) – Der Stellenwert der Naturwissenschaften in der Schule wird auch im kommenden Schuljahr besonders gefördert und stellt einen der Schwerpunkte in der Arbeit des Pädagogischen Instituts der deutschen Sprachgruppe (PI) dar. Eine entsprechende Broschüre mit dem Titel „Naturwissenschaften und Umweltbildung in der Schule" wurde bereits an Lehrpersonen aller Schulstufen verteilt. Darin finden sich Informationen über verschiedene außerschulische Angebote von im Bereich der Naturwissenschaften und Umweltbildung tätigen Institutionen, etwa der Landesumweltagentur, des Naturmuseums, der Eurac, des Ökoinstituts, der Verbraucherzentrale und des Vereins für Umwelterziehung. Wer die Broschüre noch nicht erhalten hat, kann sie von der Homepage des PI herunterladen (www.schule.suedtirol.it/pi/faecher/naturwissenschaft.htm). Das PI wird zudem die Lehrpersonen bei der Umsetzung und Gestaltung von Projekten beraten und begleiten.

Die Dornenkrone entzweit Nord- und Südtiroler Schützen. Der frühere Nationalratspräsident Andreas Khol und Alt-Landeshauptmann Wendelin Weingartner plädieren für ein Symbol beim Aufmarsch 2009, das in die Zukunft gerichtet ist. Foto: „D"

FESTUMZUG / Tiroler Jubiläum

Dornige Spitzen gegen die Schützen

Khol: Will Dornenkrone beim Festumzug nicht sehen – Weingartner für Ideenwettbewerb

Bozen/Innsbruck (hof) – Mit seinen fünf Kindern führte Andreas Khol den Festzug an, der 1984 durch Innsbruck marschierte und die Dornenkrone mit sich führte. „Ich achte die Dornenkrone hoch", sagt der frühere österreichische Nationalratspräsident. „Aber 2009 sollte man ein Zukunfts- und kein Vergangenheitssignal setzen. Ich will die Dornenkrone beim offiziellen Festumzug des Landes Tirol nicht sehen." Gleicher Auffassung ist Nordtirols Alt-Landeshauptmann Wendelin Weingartner.

Trotzdem hält Südtirols Schützen-Kommandant Paul Bacher aber am Aufmarsch mit einer neuen Dornenkrone fest und verweist auf den Beschluss der Bundesleitung.

Andreas Khol (im Bild) betrachtet die Dornenkrone als „historisches Denkmal für eine Zeit, die wir Gott sei Dank überwunden haben." In der EU habe Tirol ein gutes Stück Landeseinheit zurückgewonnen. Deshalb sollte ein Zukunftssignal gesetzt werden. „Ein Zukunftssignal wird nicht durch die Dornenkrone symbolisiert, sondern durch den hoch steigenden Tiroler Adler oder ein anderes positives Symbol", meint Khol. Er sehe die Schützen als jemand, der die *Zukunft* des Landes mitbestimme. „Die Schützen sind ein ganz wichtiger Teil unserer Bürgergesellschaft und eine Klammer der Landeseinheit. Daher sollte man alles, was spaltet, hinten anstellen." Und er bitte einige Südtiroler, „mit solch schwierigen Themen keine billige Wahlkampfpolemik zu machen. Dafür sind mir die Dornenkrone und die Landeseinheit Tirols zu wertvoll." Ihm tue es leid, „dass manche Südtiroler Schützen sich mit ihrem Eintreten für die Dornenkrone selbst beschädigen."

Das meint auch der Nordtiroler Alt-Landeshauptmann Wendelin Weingartner. „Die Dornenkrone ist für die heutige Zeit nicht mehr das richtige Symbol, und immer wieder Geschichte aufzuwärmen, bringt nichts", sagt er. „Es nützt nichts, wenn immer wieder die unterschiedliche Meinung der Nordtiroler und Südtiroler Schützen dazu transportiert wird. Diese Diskussion schadet dem Ansehen Tirols und dem Schützenwesen." Er wäre bereit, zu vermitteln, „aber ich dränge mich nicht auf." Das Tirol-Symbol von Siegfried Steger sei „vom Grundgedanken her richtig", es sollte aber „etwas intelligenter ausgeführt werden". Er wäre für einen Ideenwettbewerb.

LEHRER / Kollektivvertrag

Motivationsschub zu Schulbeginn

Landesregierung befürwortet Kollektivvertrag für Lehrpersonal – Gehaltserhöhung

Bozen (ler) – Pünktlich zu Schulbeginn kommt ein monetärer Motivationsschub für Südtirols Lehrerschaft. Die Landesregierung segnete gestern den Kollektivvertrag ab, mit dem die Gehälter spürbar angehoben werden. Zudem will das Land erreichen, dass Lehrer auch in den ersten zehn Tagen im Krankenstand das Grundgehalt samt allen Zulagen ausbezahlt erhalten.

Das sollte auch in der Privatwirtschaft Schule machen. Die Gehälter der rund 10.000 Lehrerinnen und Lehrer an Südtirols Grund-, Mittel- und Oberschulen werden in den nächsten Monaten angehoben, um wenigstens den Kaufkraftverluste durch ständig steigende Preise auszubügeln. Die Landesregierung setzte gestern nach langen Verhandlungen den Schlussstrich unter den wirtschaftlichen Teil des Kollektivvertrages, der eine Erhöhung der Gehälter und Zulagen um etwa sechs Prozent vorsieht. Auf dem einzelnen Gehaltszettel dürfte das zwischen 150 und 250 Euro brutto im Monat ausmachen, die gesamte Aufbesserung schlägt in der Landeskassa allerdings mit 26,8 Millionen Euro für die Jahre 2007 und 2008 zu Buche; noch einmal 31 Millionen sind für die Gehaltserhöhung 2009 notwendig.

Tut auch dem Gehaltszettel weh: Der Staat will kranken Lehrern die Zulagen streichen, das Land wehrt sich dagegen. Foto: Shutterstock

Auch an einem anderen Punkt stellt sich das Land hinter „seine" Lehrer. Ein frisches Staatsgesetz sieht nämlich vor, dass das Lehrpersonal für die ersten zehn Tage im Krankenstand nur mehr das Grundgehalt erhält, nicht aber die Zulagen und Prämien. Damit stünde das Schulpersonal schlechter da als alle anderen Landesangestellten. „Wir wollen aber alle gleich behandeln und werden daher Verhandlungen mit Rom aufnehmen", kündigte Landeshauptmann Luis Durnwalder gestern an. Allerdings befinde sich das Land „rechtlich auf schwierigem Boden", weil es für die Lehrerschaft keine direkte, sondern nur eine delegierte Zuständigkeit habe.

Weniger großzügig wird das Land in Zukunft bei der Zweisprachigkeitszulage sein. Eine Übergangslösung sieht derzeit vor, dass Lehrpersonen dieses Zugeld auch dann erhalten, wenn sie einen Zweisprachigkeitsnachweis vorlegen, der unter ihrer Einstufung liegt. In Zukunft erhalten neu aufgenommene Lehrkräfte die Zulage nur dann, wenn der Zweisprachigkeitsnachweis auch ihrer Kategorie entspricht.

IMKER / Urbanistik

Nur für Bienen

Bozen (ler) – Damit aus einem Bienenstand auf der grünen Wiese mit der Zeit nicht ein Wochenendhäuschen wird, errichtet das Land einen Gesetzes-Zaun. Die Landesregierung legte gestern Richtlinien für die Größe der Bienenhäuschen fest. Danach darf ein Stand höchstens 20 Quadratmeter groß sein, für einen Lehrstand sind 50 Quadratmeter die Obergrenze. Ein Häuschen für die fleißigen Tiere darf nur errichten, wer nachweislich seit mindestens drei Jahren Imker ist oder eine entsprechende Ausbildung vorweisen kann. Wanderstände brauchen keine Genehmigung. Foto: „D"/A. Sparer